

Gender Budgeting in Österreich: (K)eine Erfolgsgeschichte?

Perspektiven und Interventionen des BEIGEWUM

Jana Schultheiß, Tamara Premrov

Für die Einführung des Gender Budgeting in Österreich spielte die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Der BEIGEWUM gilt dabei als zentraler Ort der Debatte. Dafür bildeten Ende der 1990er-Jahre die negativen Auswirkungen von Budgetkonsolidierungen auf die Geschlechterverhältnisse den Ausgangspunkt. Auch vor dem Hintergrund verstärkter internationaler Debatten wurde im Umfeld des BEIGEWUM ein fortschrittliches Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit und eine Demokratisierung des Budgetprozesses entworfen.

In den ersten Jahren liefen diese Forderungen noch unter dem Begriff „Engendering Budgets“. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die Aufgaben des Staates „vor dem Hintergrund der ungleichen Ausgangssituationen der Geschlechter in der Gesellschaft unterschiedliche Bedeutungen für Frauen und Männer haben“ (Angelo et.al 2003: 26). Die Autorinnen leiteten daraus ab, dass „eine zentrale Voraussetzung für den Budgeterstellungsprozess, die Auswirkungen aller Einnahmen und Ausgaben getrennt auf Frauen und Männer zu analysieren und zu bewerten“ (ebd.) ist. Weiters wurde betont, dass es hierfür elementar ist, den Budgetprozess offener zu gestalten und „betroffene Gruppierungen miteinzubeziehen“ (ebd.). Die Protagonistinnen hatten zunächst den Begriff „Engendering Budgets“ bevorzugt, weil er die Dynamik und den Prozess dahinter stärker betont: „Das englische Wort engendering bringt das aktive Element zum Ausdruck, das mit der Arbeit verbunden ist, die Gender Perspektive in Budget- und Wirtschaftspolitik zu integrieren“ (Klatzer 2005: 1). Und auch im für die österreichische Debatte zentralen Buch des BEIGEWUM „Frauen macht Budgets“ heißt es dazu: „Engendering Budgets bedeutet, die Geschlechterperspektive in budget- und wirtschaftspolitische Prozesse und Entscheidungen einzubringen, die Politiken zu verändern und gleichzeitig auf eine Transformation der Prozesse in Richtung Öffnung und Demokratisierung hinarbeiten.“ (BEIGEWUM 2002: 10). Später setzte sich zwar im Lichte gleichnamiger internationaler Debatten der Begriff „Gender Budgeting“ durch, doch dieses Augenmerk auf die Enttechnokratisierung von Budgetpolitik und ihre aktive Gestaltung bleibt bis heute ein wichtiger Auftrag.

Im Folgenden zeichnen wir die Debatte um die Einführung von Gender Budgeting in Österreich von den ersten Diskussionen bis zur Kritik der aktuellen Umsetzung im Kontext des vierzigjährigen Geburtstags des BEIGEWUMs und des Kurswechsels nach. Da dieser Debattenbeitrag im Rahmen der begleitenden Arbeiten zur Vereinsgeschichte erscheint, stehen die Publikationen des BEIGEWUMs (häufig in Kooperation mit anderen Vereinen und Initiativen) im Fokus. Uns ist bewusst, dass es sich so um keine vollständige, wissenschaftliche Analyse handelt und es zum einen viele weitere Initiativen – teilweise mit personellen Überschneidungen – und Aktivitäten rund um die Einführung von Gender Budgeting gab. Zum anderen können hier parallel stattfindende Prozesse und Diskussionen innerhalb des Forschungsfeldes, der Verwaltung und der Politik nur angerissen werden.

Anstoß der Debatte: EU-Beitritt und Sparpaket 1996

Geschlechtsspezifische Analysen der Budgetpolitik gewannen im BEIGEWUM bereits Ende der 1990er Jahre im Zuge der damaligen Kürzungspolitik an Dynamik. Aufgrund eines Defizits von 5 % 1995 nach dem EU-Beitritt Österreichs, das im Konflikt mit den Plänen des Beitritts zur Wirtschafts- und Währungsunion stand, erfolgte 1996 „das bis dahin größte Sparpaket der Zweiten Republik“ (Feigl/Schlager 2015: 228). In der Schwerpunktausgabe des Kurswechsels 1/1997 „Wirtschaftspolitik – mehr als ein Sparpaket“ analysiert Vanessa Redak die Auswirkungen der Budgetkonsolidierung auf Frauen (und dies nicht ohne Kritik an einer vorausgegangenen Kurswechselausgabe¹). In starkem theoretischen Bezug auf Nancy Fraser arbeitete Redak drei zentrale Wirkungskanäle der Konsolidierung auf Frauen heraus: 1) Frauen sind aufgrund ihrer durchschnittlich schlechteren Entlohnung besonders von Kürzungen von Sozialleistungen und Transferzahlungen betroffen, 2) eine Rücknahme sozialer wohlfahrtsstaatlicher Leistungsangebote führt zu mehr unbezahlter Reproduktionsarbeit von Frauen, und 3) aufgrund der hohen Zahl von Frauen als Beschäftigte im öffentlichen Dienst, trifft eine Aufnahmestopp Frauen besonders. Konkrete Maßnahmen des Sparpaketes werden diesen drei Punkten zugeordnet (Redak 1997, 48 ff).

Auch im für Debatten rund um Budgetkonsolidierung zentralen Buch des BEIGEWUM „Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs“ aus dem Jahr 2000 wird die Geschlechterperspektive in der Analyse und den Forderungen aufgegriffen. Entlang der drei genannten Wirkungskanäle wird der Budgetpolitik eine geschlechterspezifische Schiefelage attestiert. Zudem wird das neoliberal-konservative Weltbild der neuen schwarz-blauen Bundesregierung kritisiert: „Die Aufwertung und Förderung der Familie, die mit dem Sparkurs einhergeht, hat System: Der Staatshaushalt kann von sozialen Aufgaben entlastet werden, denn die Familien sollen als Systemstabilisatorinnen all jene Aufgaben übernehmen, die der Staat loswerden will“ (BEIGEWUM 2000: 12). In den Forderungen des Buches wird Gender Budgeting bzw. Engendering Budgets noch nicht als Begriff erwähnt, es werden jedoch u.a. ein verpflichtendes Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen, eine Wirkungsprüfung auf die Geschlechter bei allen Maßnahmen sowie eine Demokratisierung des Budgetprozesses gefordert.

Die Konkretisierungsphase: Frauen macht Budgets

Die ersten konkreten Arbeiten zu Gender Budgeting gehen auf einen Arbeitskreis zu „Frauen und Budget“ zurück, der im Jahr 2000 im Umfeld des BEIGEWUM ins Leben gerufen wurde. Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen, Frauen aus Interessenvertretungen, Forschungsinstitutionen und Verwaltung fanden sich hier zusammen. Das Ziel war, das bereits international diskutierte und teilweise bereits umgesetzte Gender Budgeting auch hierzulande bekannt zu machen und in die österreichischen Debatten – nicht zuletzt um Sparprogramme – einzubringen (Autorinnenkollektiv 2009: 80). Im Kurswechsel 1/2002 wurde ein Beitrag von Elisabeth Klatzer mit einem umfassenden Überblick über die internationale Debatte um Gender Budgeting bzw. „Engendering Budgets“ veröffentlicht. Dieser spannt den Bogen von Initiativen zahlreicher internationaler Organisationen (UNIFEM, Weltbank, OECD und weitere) zu konkreten Um-

setzungsbeispielen. Diese umfassten Australien, welches 1984 als erstes Land Gender Budgets eingeführt hat, Südafrika und Großbritannien. Mit Blick auf die österreichische Regierung weist Klatzer 2002 darauf hin, dass „die internationale Entwicklung ignoriert und die Erstellung von Gender Budgeting nicht forciert“ (Klatzer 2002: 87) wird.

Ein Resultat der Diskussionen im Arbeitskreis ist das Ende 2002 erschienene Buch „Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive“ (BEIGEWUM 2002), das bis heute als Standardwerk zum Gender Budgeting in Österreich zählt. Neben der geschaffenen theoretischen Grundlage und dem Bekanntmachen internationaler Beispiele, werden konkrete Ansätze für das österreichische Bundesbudget präsentiert. Immer wieder geht es darum, zwei wesentliche Stoßrichtungen zu forcieren: die Forderungen zur inhaltlichen Reform der Budgetpolitik und die Demokratisierung des dahinter stehenden Prozesses zur Erstellung von Budgets. Unter einer Demokratisierung wird neben Fragen der transparenten Gestaltung vor allem eine „Öffnung des Budgetprozesses für Mitbestimmung durch die Zivilgesellschaft, vor allem der Frauen und Frauenorganisationen“ gefordert. Eine „möglichst breite Öffentlichkeit“ soll erreicht und „in die Planungs- und Entscheidungsprozesse“ einbezogen werden (ebd.: 189f.)². Klatzer stellt rückblickend fest: „Die Arbeit der Gruppe Frauen und Budget stellt eine Pionierleistung dar, die trotz vieler widriger Umstände – wie mangelnde Ressourcen in Form von Zeit und Geld, sich verschlechterndes frauenpolitisches Klima, mangelnde Kapazitäten zur strategischen Platzierung des Themas – auf ein gewisses Echo gestoßen ist.“ (Klatzer 2005: 4). Bemerkenswert ist, dass bereits 2002 auf potenzielle Gefahren bei der Umsetzung von Gender Budgeting in die Praxis hingewiesen wird. So rufen die Autorinnen dazu auf, wachsam zu sein, da „die Gefahr einer Vereinnahmung und Verniedlichung („Entzahnung“) des Instrumentariums Gender Budgeting durch die Politik besteht – im Sinne von „wir machen es ohnehin schon“ (BEIGEWUM 2002: 18).

Verfestigung der Debatte ... und erste Schritte der tatsächlichen Einführung

Die folgenden Jahre waren geprägt von Bildungsarbeit, vor allem durch Vermittlung von Grundlagen und Methodik, die auch in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen stattfand. So erschien etwa 2004 das „Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung“ mit praktischen Anwendungsbeispielen und Umsetzungsvorschlägen (Bergmann et al 2004). Hier werden konkrete Beispiele auf lokaler und regionaler Ebene vorgestellt – etwa zum Stadtbudget von Münster und Tulln, oder der Provinzebene aus Südafrika – Gauteng. Es enthält zudem anwendungsorientierte Arbeitsbehelfe und Arbeitsblätter. Auch mit diesem Handbuch wird wieder eine Doppelstrategie verfolgt. So ist das Ziel, sowohl „die „regulären“ AkteurInnen der Budgeterstellung für Gleichstellungsfragen zu sensibilisieren und zu gewinnen, als auch (...), diesen Kreis auszuweiten und Budgetprozesse zu demokratisieren. (...) An Stelle von Budgetverhandlungen in mehr oder weniger exklusiven Männergremien ist eine geschlechterdemokratische, emanzipatorische und partizipative Gestaltung der Budgetprozesse wichtig“ (ebd.: 4).

Im Jahr 2005 erscheint ein weiteres Buch der BEIGEWUM-Mythen-Reihe, die „Mythen der Ökonomie“ (BEIGEWUM 2005) – der Untertitel „Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen“ benennt bereits das zentrale Ziel. Im Vorwort wird

ausgeführt: „Wir hoffen damit zu jenem Rüstzeug beizutragen, das einer Demokratie angemessen ist: eine breite wirtschaftliche Bildung der Bevölkerung und ihre Teilnahme an wirtschaftspolitischen Debatten und Entscheidungen“ (ebd.: 8). Im ersten Hauptkapitel zu den Staatsmythen wird auch der Mythos „Das Budget hat kein Geschlecht“ dekonstruiert und der Stand der Debatte zum Gender Budgeting – wie hier im Vorfeld beschrieben – zusammengefasst, ergänzt um den Aspekt aus der feministischen Staatstheorie, dass die Konstrukte von „Staat, Budget und Männlichkeit (...) eng miteinander verwoben [sind]“ (ebd.: 29). Im Mythos „Staatsverschuldung ist schlecht“ wird kritisiert, dass eine „Konzentration auf den Budgetsaldo (...) eine notwendige Diskussion über die Wirkungen von Budgetpolitik auf Wirtschaft und Gesellschaft [übertönt] – wofür wird Geld ausgegeben, und wer soll zur Finanzierung herangezogen werden?“ (ebd.: 17). Der Zusammenhang des von den EU-Regeln ausgehenden Drucks auf die öffentlichen Haushalte und ihre (impliziten) Geschlechterwirkungen wird in späteren Arbeiten vertieft (siehe etwa Schlager/Klatzer 2008).

Diese Debatten stießen um die Jahre 2004/5 auch Initiativen in den österreichischen Gebietskörperschaften zu Gender Budgeting an. In „Mythen der Ökonomie“ wird auf eine Pilotstudie hingewiesen, die seitens des Bundes 2004 in Auftrag gegeben wurde, in der ein Instrumentarium zur Einführung von Gender Budgeting in ausgewählten Bereichen der Bundesverwaltung erarbeitet werden sollte. Zudem gibt es Vorarbeiten in den Bundesländern Oberösterreich und Wien (BEIGEWUM 2005). Mit den Budgetunterlagen für den Voranschlag 2005 wird Gender Budgeting erstmals auf Bundesebene im Budget eingeführt (siehe ausführlicher und kritisch dazu etwa Klatzer 2005, Mader 2015).

Klatzer erläutert in diesem Kontext, dass sich im Arbeitskreis „Frauen und Budget“ das Bewusstsein verfestigte, „dass es angesichts zunehmender öffentlicher Aktivitäten einer zivilgesellschaftlichen Stimme bedarf, die Forderungen aus emanzipatorischer Sicht in die öffentliche budget- und wirtschaftspolitische Debatte einbringt und die den Regierungen auf die Finger schaut“ (Klatzer 2005: 5). Aus diesen Überlegungen heraus entstand die *Watchgroup. Gender und öffentliche Finanzen*, hinter der sich viele „altbekannte“ Protagonistinnen der zivilgesellschaftlichen Gender Budgeting Debatte vereinten. Bereits im Kurswechsel 1/2006 setzten sie sich als *Watchgroup* in einem umfassenden Beitrag mit „Elemente[n] einer Gender-Analyse des Steuersystems“ auseinander und widmeten sich damit stärker den Staatseinnahmen (Watchgroup. Gender und öffentliche Finanzen: 2006). Sie arbeiteten heraus, dass Staatseinnahmen nicht geschlechtsneutral sind und über ihre Struktur und Ausgestaltung genau wie Staatsausgaben auf die Geschlechterverhältnisse wirken. So kommt die *Watchgroup* zur Erkenntnis, dass „Frauen durch ihre geringeren Vermögen und (durchschnittlich niedrigeren) Arbeitseinkommen überproportional von [einer] zunehmenden Regressivität des Steuersystems betroffen“ sind (ebd.: 25). Daher wäre auch aus der Geschlechterperspektive heraus eine Entlastung des Faktors Arbeit und eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, Gewinne und Vermögen zielführend.

Zudem veranstaltete die *Watchgroup* vom 5. bis 7. Februar 2006 in Kooperation mit dem BEIGEWUM und weiteren Partnerorganisationen³ eine Konferenz zu „Gender Budgeting in Europa“ in Wien. In der Dokumentation wird als Ausgangsüberlegung zur Tagung genannt, dass es neben einer stärkeren Vernetzung auch einer Umsetzung des Gender Budgeting auf der europäischen Ebene bedarf. Österreich hatte im 1. Halbjahr 2006 die EU-Ratspräsidentschaft inne und da Gender Budgeting nicht auf seiner

Agenda schien, versammelte man im Rahmen dieser Tagung nahezu alle namhaften Gender Budgeting-Expertinnen aus Europa, um Aufmerksamkeit für das Anliegen zu generieren und Allianzen zu schmieden (Klatzer/Neumayer 2006: 1).

Budgetpolitik: weniger oder mehr Demokratie?

In den Jahren 2008 und 2009 erschienen im Kurswechsel zwei Beiträge, die Teil-Ergebnisse eines größeren Forschungsprojekts „Gender Budgeting als Beitrag zur Demokratisierung europäischer Wirtschaftspolitik?“ von einem Team um Luise Gubitzer und Elisabeth Klatzer, präsentieren. Schlager und Klatzer zeigen im Kurswechsel 2/2008 zur „Restrukturierung des öffentlichen Sektors“ auf, dass die Budgetpolitik als Motor der Restrukturierung hinsichtlich neoliberaler Verschrankungen des Staates bzw. Transformation zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ wirkt (Hirsch 1995 nach Schlager/Klatzer 2008: 37). Sie streichen zudem anhand der europäischen Fiskalregeln heraus, dass eine starke Regelgebundenheit der Budgetpolitik demokratische Interventionen erschwert. Der Text hat keinen expliziten gleichstellungspolitischen Fokus, im Resümee wird jedoch die starke Ableitung getroffen: „Gesellschaftspolitische Zielsetzungen, wie Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit haben in diesen Ansätzen keinen Platz, im Gegenteil, sie werden durch abstrakte Konzepte und Regeln explizit zurückgedrängt.“ (ebd.: 43).

Katharina Mader verdeutlicht hingegen im Kurswechsel 1/2009 basierend auf ihrer Dissertation, welches Potential Gender Budgeting theoretisch hätte, um Budgetprozesse partizipativer und transparenter zu machen. Am Beispiel des Wiener Budgetprozesses arbeitet sie heraus, wie „feministische Demokratisierungsimpulse auf inhaltlicher, institutioneller und prozessualer Ebene in verschiedenen Phasen des Kreislaufes eingearbeitet werden“ können (Mader 2009: 54). Sie weist jedoch auch auf die große „Kluft zwischen dem partizipativen Anspruch von Gender Budgeting per definitionem und der Umsetzung von Gender Budgeting in der Praxis“ hin (ebd.: 59).

Wirtschafts- und Finanzkrise: stärkerer Blick auf Europa

Die formale Einführung von Gender Budgeting in Österreich (über die Verankerung in der Bundesverfassung 2009 und Verstärkung im Zuge der zweiten Etappe der Haushaltsrechtsreform 2013), wird in den Arbeiten des BEIGEWUM durch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und den daraus resultierenden Konsolidierungsdebatten überlagert.

Zur Budgetrede der damaligen Finanzministerin Maria Fekter 2012 veröffentlicht der BEIGEWUM allerdings eine sehr kritische Stellungnahme der *Watchgroup. Gender und öffentliche Finanzen*, denn obwohl Gender Budgeting mit dem Voranschlag 2013 erstmals vollumfänglich umgesetzt werden sollte, wird es in der Budgetrede „mit keinem Wort erwähnt“ (BEIGEWUM 2012). Elisabeth Klatzer wird mit der treffenden Aussage zitiert: „Jede Verfassungsbestimmung ist gleich viel Wert“ und „es kann nicht sein, dass das Spardiktat auf Punkt und Beistrich umgesetzt wird, währenddessen die Gleichstellung völlig ignoriert wird. Welches Staatsverständnis vermittelt denn hier die Politik.“

Ich halte mich nur an die Gesetze, die ich will?“ (ebd.). Die *Watchgroup* fordert einmal mehr eine radikale Änderung der Budgetpolitik in Österreich, darunter eine budgetäre Aufwertung des Frauenministeriums, ernsthafte Bemühungen in allen Ressorts, eine eigene Budgetbeilage zu Gender Budgeting, einen Umsetzungsbeirat, sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft. Inhaltlich werden mehr Investitionen in Betreuungsleistungen und soziale Dienste gefordert.

Ein umfassendes Verständnis von Gender Budgeting beinhaltet neben den konkreten Gestaltungen von Voranschlägen auch geschlechtsspezifische Analysen von Konsolidierungsprogrammen, Konjunkturpaketen und anderen staatlichen, budgetären Unterstützungsmaßnahmen in Krisenzeiten. Im gemeinsamen Buch von BEIGEWUM und Attac „Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash“ aus dem Jahr 2010 wird auch der Mythos „Männer sind die Hauptbetroffenen“ der Wirtschaft- und Finanzkrise dekonstruiert. Nach einer Analyse von Geschlechter-Krisen-Effekten, insbesondere auf den Arbeitsmarkt und dem Aufzeigen von Geschlechterhierarchien, heißt es mit Blick auf die damals geschnürten Konjunkturpakete: „Auch „Gender Budgeting“, das Konzept der geschlechtergerechten Budgetgestaltung, seit Anfang 2009 in der österreichischen Verfassung verankert und in den letzten Jahren von EU-Institutionen zunehmend propagiert, spielt im Kontext der Konjunkturprogramme keine Rolle. Retraditionalisierende Geschlechtereffekte von Krise und Konjunkturpolitik werden öffentlich demnach nicht wahrgenommen, als „ökonomisch irrelevant“ nicht problematisiert oder schlicht verschwiegen, Gleichstellungsforderungen werden gleichzeitig mit Verweis auf die Krise und ihre Kosten abgewehrt.“ (ebd.: 67).

In der zentralen Kurswechselausgabe zur Austeritätsdebatte „Sparen, sparen, sparen“ (1/2012) beschäftigten sich Klatzer und Schlager grundlegend mit den „Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance“, der wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU. Sie arbeiten heraus, dass die Krise „zur Festigung patriarchaler Hegemonie und hegemonialer Männlichkeit genutzt“ wird. „Es findet ein Umbau von Staat und Politik unter maskulinistischen Vorzeichen statt“ (Klatzer/Schlager 2012: 33). Hierrunter fallen auch die Sparpakete, die Frauen härter treffen und traditionelle Rollverteilungen begünstigen.

Dies wird auch im ein Jahr später veröffentlichten Buch „Mythen des Sparens“ hervorgestrichen, in dem im Mythos „Sparen trifft alle gleich“ eine weitere Kritik der auf die Wirtschafts- und Finanzkrise folgenden Sparpakete in den OCED-Staaten stattfindet. Hier wird einmal mehr herausgearbeitet, dass je stärker die Staaten von der Krise betroffen waren, davon auszugehen ist, dass hier auch die unbezahlte, in der Regel von Frauen geleistete Arbeit, stark ansteigen wird, „da nicht zuletzt der öffentliche Sektor als attraktiver Arbeitgeber – gerade für Frauen –, aber auch als sozialer Dienstleister massiv zurückgebaut wird. Die Krise führt also zu einem Anstieg der Ungleichheit.“ (BEIGEWUM 2013: 64).

Status Quo: Erfolgsgeschichte – trotz aller Widrigkeiten?

Seit der Finanzkrise sind die Arbeiten zu Gender Budgeting im BEIGEWUM weniger geworden. Andere Organisationen werden aber diesbezüglich unterstützt und es gibt vereinzelt gemeinsame Projekte. So flossen etwa in den von vielen zivilgesellschaftlichen

Organisationen herausgegebenen „Zivilgesellschaftlichen Zukunfts-Budget“ wiederholt Forderungen zur Demokratisierung des Budgetprozesses und der Schaffung eines unabhängigen Beirats zur Umsetzung von Gender-Budgeting ein (siehe etwa Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2017–2019, Wege aus der Krise o.J.). Darüber hinaus werden die wichtigen Arbeiten von Fairsorgen, insbesondere das Feministische Konjunkturpaket sowie die jährlichen, alternativen Budgetreden im Vorfeld der Budgetreden des/der Finanzminister:in unterstützt (Fairsorgen o.J.).

Zum formal zehnjährigen Jubiläum von Gender Budgeting in Österreich, wird von Achleitner u.a. im Kurswechsel 4/2023 Bilanz gezogen. Der Rückblick fällt dabei sehr ernüchternd aus: „Aufgrund des geringen Interesses an dieser Materie, einer mangelhaften Ausgestaltung des Gender Budgetings und zu wenigen Ressourcen in den Ministerien hat sich die Geschlechterungleichheit im Zuge der letzten Krisen sogar weiter verschärft.“ (Achleitner u.a. 2024: 54). Damit scheint sich die bereits 2002 geäußerte Befürchtung einer Vereinnahmung und Abschwächung des Instruments durch die Politik (BEIGEWUM 2002: 18) erfüllt zu haben. Eine grundlegende Neuaufstellung mit einer zwischen den Ministerien abgestimmten Gesamtstrategie, mehr personeller Ressourcen, der Einbindung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie der Verknüpfung von finanziellen Mitteln und den definierten Gleichstellungszielen bleiben bis dato unerfüllte Forderungen (Achleitner u.a. 2024).

Vor dem Hintergrund der multiplen Krisen und der erneuten, aktuellen Budgetkonsolidierung, ist das bisherige Ausbleiben einer konsequenten und ernsthaften Umsetzung des Gender Budgetings besonders schmerzhaft. Dass Geschlechtergleichstellung nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spielt, wird in den Budgetunterlagen zum Doppelbudget 2025/26 deutlich. Die Wirkung der geplanten Budgetkürzungen auf die Geschlechtergleichstellung wird nicht systematisch analysiert, die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung nicht hinreichend ernst genommen. So wird beispielsweise bei der Aussetzung der Valorisierung der Familienbeihilfe zwar ausgewiesen, dass Frauen den Großteil dieser Mittel empfangen, es wird jedoch keine negative Wirkung auf die Gleichstellung erwartet. Eine nachvollziehbare Begründung bleibt aus. Die frauenpolitisch sinnvollen Offensivmaßnahmen und das Frauenbudget bleiben indes in ihrem Volumen überschaubar klein.

Wie schon in unserem Beitrag zur Geschichte des Nulldefizits festgestellt (Premrov/Schultheiß 2025), behalten die Erkenntnisse des BEIGEWUM auch in Zusammenhang mit Gender Budgeting ihre Gültigkeit über die Zeit und ältere Texte zeigen deutliche Parallelen zur Gegenwart. Die Überordnung der Budgetkonsolidierung über andere soziale, ökologische und gleichstellungspolitische Ziele verengen den Spielraum für demokratische Entscheidungen und Weichenstellungen. Auch die früh benannten Wirkungskanäle zwischen Budgetkürzungen und Geschlechtergleichstellung können in den aktuellen Entwicklungen nachgezeichnet werden: Die Kürzungen monetärer Leistungen treffen vor allem Frauen, da diese aufgrund ihrer geringeren Einkommen in höherem Maße auf den Sozialstaat angewiesen sind. Zudem drohen durch mögliche bevorstehende Kürzungen bei den sozialen Dienstleistungen in Ländern und Gemeinden neuerliche Verschiebungen der Arbeiten in den unbezahlten Bereich, und somit eine stärkere Doppelbelastung für Frauen. Und nicht zuletzt trifft die diskutierte Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst Frauen durch deren etwas höheren Beschäftigungsanteil stärker.

Budgets sind in Österreich immer noch geschlechterblind, viele gute, zivilgesellschaftliche Vorschläge nicht umgesetzt. Aktuell gilt es wieder einmal gegen meist negative Auswirkungen von Budgetkürzungen auf die Gleichstellung zu kämpfen.

Literatur

- Achleitner, Sophie/ Mader, Katharina/ Premrov, Tamara (2024): 10 Jahre Gender Budgeting: Keine positive Bilanz. In: Kurswechsel 2023(4), 54–60.
- Angelo, Silvia/Schlager, Christa/Lunzer, Gertraud/Bergmann, Nadja/Mayrhuber, Christine (2003): Engendering Budgets – Problemaufriss für Österreich. In: Kurswechsel 2003(1), 26–36.
- Autorinnenkollektiv (2009): Gender Budgeting in Österreich – Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Gleichstellungstrategie. In: Appelt, Erna (Hrsg.): Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz. Studienverlag: Innsbruck, 79–98.
- BEIGEWUM (2000): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs. Wien: Mandelbaum.
- BEIGEWUM (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien: Mandelbaum.
- BEIGEWUM (2005): Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen. VSA-Verlag: Hamburg.
- BEIGEWUM (2010): Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. VSA-Verlag: Hamburg.
- BEIGEWUM (2012): Fekter ignoriert Gleichstellung bei Budgetentwurf. BEIGEWUM-Homepage: <https://www.beigewum.at/2012/10/fekter-ignoriert-gleichstellung-bei-budgetentwurf/> (Zugriff: 16.9.2025).
- BEIGEWUM (2013): Mythen des Sparens. Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse. VSA-Verlag: Hamburg.
- Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/ Klatzer, Elisabeth/ Klawatsch-Treitl, Eva/ Neumayr, Michaela (2004): Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien: Eigenverlag.
- Fairsorgen (o.J.): <https://fairsorgen.at/> (Zugriff: 17.9.2025).
- Feigl, Georg/Schlager, Christa (2015): Budgetpolitik im Zeichen von Europäisierung und Neoliberalisierung. In: BEIGEWUM (Hg.) (2015): Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt. Wien: mandelbaum verlag, 218–240.
- Klatzer, Elisabeth (2002): Engendering Budgets – Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaftspolitik und ein zentrales Instrument einer umfassenden Gender Mainstreaming Politik. In: Kurswechsel 2002(1), 78–89.
- Klatzer, Elisabeth (2005): Geschlechtergerechte Budgetgestaltung – Gender Budgeting in Österreich Überblick und Ausblick. <https://forschungsnetzwerk.ams.at/elibrary/publikation?bibld=1855> (Zugriff: 9.9.2025).
- Klatzer/Elisabeth/Neumayr, Michaela (Hrsg.) (2006): Gender Budgeting in Europa. In: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.): Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 99, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/toc/AC05764741/1/> (Zugriff: 15.9.2025).
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2012): Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance: maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten-Risikoabwälzung. In: Kurswechsel 2012(1), 23–35.
- Mader, Katharina (2009): Demokratisierung des Budgetprozesses und Gender Budgeting – exemplifiziert am Wiener Budgetprozess. In: Kurswechsel 2009(1), 50–61.
- Mader, Katharina (2015): Gender Budgeting in der österreichischen Bundesverfassung – Fortschritt oder Falle? In: WSI-Mitteilungen 1/2015, 51–58.
- Premrov, Tamara/ Schultheiß, Jana (2025): Was wurde eigentlich aus ... dem Nulldefizit? 40 Jahre BEIGEWUM-Publikationen zu neoliberaler Budgetpolitik und Alternativen. In: Kurswechsel 2025(1), 10–19.
- Schlager, Christa/Klatzer, Elisabeth (2008): Budgetpolitik als Motor zur Restrukturierung des Staates. In: Kurswechsel 2008(2), 38–46.
- Redak, Vanessa (1997): Sparefroh – Spare Frau! Feministische Theorie, Wohlfahrtsstaat und Sparpaket. In: Kurswechsel 1997(1), 45–53.
- Watchgroup. Gender und öffentliche Finanzen (2006): Elemente einer Genderanalyse des Steuersystems. In: Kurswechsel 2006(1), 25–36.
- Wege aus der Krise (o.J.): Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2017–2019. 70 Schritte in ein gutes Leben für alle! https://www.wege-aus-der-krise.at/images/Zukunftsbudget%202017%20-%202019_web.pdf (Zugriff: 17.9.2025).

Anmerkungen

- 1 In der Einleitung des Beitrags hält Redak fest: „Im Gegensatz zu den Ausführungen in der Ausgabe 3/1996 des Kurswechsels („Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat“) wurde das sog. Sparpaket der Regierungskoalition tatsächlich „unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen“ – wenn auch in negativer Hinsicht – geschnürt. Während die derzeitigen Budgetkonsolidierungen, wie sie sich etwa im Sparpaket manifestieren, Frauen zu den Hauptopfern des Sozialabbaus machen, zeugen Auswahl und Anzahl der Artikel dieser Kurswechsel-Nummer von jener „gender blindness“, die nicht nur generell Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, sondern insbesondere die Theorisierung des Wohlfahrtsstaates prägt.“ (Redak 1997: 45)
- 2 Das Buch kann, wie viele andere BEIGEWUM-Bücher auch, mittlerweile kostenfrei auf der Homepage des BEIGEWUMs abgerufen werden; Im Kurswechsel 1/2003 findet sich eine Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse (Angelo et al 2003).
- 3 Insgesamt werden als Kooperationspartner:innen aufgeführt: Renner Institut, Arbeiterkammer Wien, BEIGEWUM, MA 57 – Frauenabteilung der Stadt Wien, ÖGB, Die Grüne Bildungswerkstatt, ATTAC Österreich und die Watchgroup Gender & Öffentliche Finanzen.